



Editorial

Investieren in den Klimaschutz

Nach neun Jahren beruflicher Erfahrung in unterschiedlichen Ministerien, zuletzt im Klimaschutzministerium, durfte ich am 1.10.2021 die Leitung der Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik übernehmen. Mit ihr eine der spannendsten Aufgaben unserer Zeit: Mit der Wirtschaft und für die Wirtschaft die Transformation in Richtung Klimaneutralität zu gestalten. Österreichs Unternehmen ermöglichen die Transformation, bieten die nötigen Produkte und arbeiten intensiv an Dekarbonisierungsstrategien.

Für die Umsetzung braucht es aber politische Unterstützung und fein austarierte Politikinstrumente, um den Weg so zu gestalten, dass die Unternehmen die Chancen dieses Wandels nutzen und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit gleichzeitig aufrechterhalten können.

Die Herausforderung ist gewaltig und wird anhand der zusätzlich benötigten Energiemengen deutlich: Das österreichische Ziel 100 Prozent erneuerbarer Strom bis 2030 bedeutet, dass ein Zubau von rund 27 Terawattstunden aus Wasser, Wind, Sonne und Biomasse notwendig ist. Neben der Stromproduktion sind dafür aber auch massive Investitionen in die Leitungs- und Speicherinfrastruktur nötig.

Im Bereich Wasserstoff sind konkrete Zielsetzungen noch ausständig, der aktuell fossil verbrauchte Wasserstoff liegt bei rund 4,5 Terawattstunden. Wenn wir Wasserstoff auch in neuen Bereichen in der Industrie oder im Verkehr einsetzen wollen, werden wir darüberhinausgehende Mengen brauchen.

Allein für die Investitionen in die Erneuerbarenproduktion plus die dafür notwendige Netzinfrastruktur sind bis 2030 nach unseren Berechnungen mindestens rund 70 Milliarden Euro notwendig, um das zu schaffen. Das sollte Österreich schleunigst anpacken!

Österreich muss seine Treihausgasemissionen bis Ende 2030, innerhalb der nächsten neun Jahre, fast halbieren. Um diese Herausforderung zu meistern, ist ein breiter Instrumentenmix in der Energie-, Verkehrs- und Standortpolitik nötig. Der Fokus auf eine CO₂-Bepreisung ist bedeutsam aber bei weitem nicht ausreichend. Sind die nötigen Voraussetzungen und die betriebswirtschaftlichen Dekarbonisierungsmöglichkeiten nicht vorhanden, so führen steigende CO₂-Preise nur zu einer finanziellen Belastung ohne Klimaschutzwirkung. Neue Finanzierungsmechanismen und Fördermodelle sind nötig, um den Wandel zu bewerkstelligen.

Wenn wir unsere Ziele ernst nehmen, muss die Handbremse für Investitionen gelockert werden. Mit Zeithorizont 2030 sind zwar die erforderlichen klimafreundlichen Technologien überwiegend bekannt, allerdings meist noch nicht wirtschaftlich, oder noch nicht in größerem Maßstab verfügbar. Dabei ist die Politik viel schuldig geblieben. Ein bereits angekündigter Dekarbonisierungsfonds als „Transformationsvehikel“ für die Wirtschaft ist genauso entscheidend wie ein Investitionsrahmen für grüne Gase, eine Wasserstoffstrategie wie auch das Thema CO₂-Abscheidung und -Nutzung. Für die Herausforderung Klimaneutralität braucht es nun rasches, aber überlegtes Handeln, keinen Aktionismus.

Die österreichischen Unternehmen sind Teil der Lösung und bereit, eine klimaneutrale Zukunft aktiv zu gestalten. Für den Erfolg sind entsprechende politische Rahmenbedingungen unverzichtbar – auch hier sollte Österreich nun Vorreiter werden, damit wir die Chancen für unsere Wirtschaft nutzen!

In dieser Ausgabe von ÖKO+ berichten wir wie gewohnt sowohl über aktuelle politische Themen als auch über Zukunftstechnologien, die wir für die Dekarbonisierung brauchen. Ich wünsche Ihnen schöne und erholsame Feiertage sowie eine spannende Lektüre mit der neuen Ausgabe von ÖKO+!

Mag. Jürgen Streitner

Leiter der Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik in der WKÖ